



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politische Briefe : 4. Die Reichsverhandlungen vom 12. bis zum 15. Juni.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gegen die tausend und abertausend Prospekte, welche die „Deutsche Verlagsanstalt“ für „ihren“ Goethe in die Welt geschickt hat! Gegen diese tausendzüngige Reklame ist unsre schwache Stimme machtlos. Ein Sortimentsbuchhändler, den wir dieser Tage fragten, was für Geschäfte er mit dem „illustrierten Goethe“ mache, erwiderte uns wörtlich: „Man muß sich ja schämen, anständigen Leuten so etwas zu empfehlen. Aber ich habe doch schon zehn Subskribenten, ohne einen Finger gerührt zu haben.“ Das ist die Macht der Reklame. Mit den Büchern geht es da genau so wie mit den Geheimmitteln und den politischen Phrasen. Alle verständigen Leute spotten drüber, der große Haufe aber fällt doch darauf herein wie die dummen deutschen Staare in die Schlingen der italienischen Vogelsteller. Das alles wissen wir recht gut. Aber wir halten es trotzdem für unsre Pflicht, die Wahrheit zu sagen. Nützt es dem Publikum gegenüber nichts, vielleicht kommen am Ende die Verleger zu der Einsicht, daß wir Recht haben, und daß es uns nie um etwas anderes zu thun gewesen ist als um die Sache.

G. W.



Politische Briefe.

4. Die Reichstagsverhandlungen vom 12. bis zum 15. Juni.



ie Rede, mit welcher der Reichskanzler am 12. Juni die zweite Beratung der Monopolvorlage eröffnete, ist vielleicht die bedeutendste unter seinen Parlamentsreden. Es scheint, daß die öffentliche Meinung unter der Größe des Eindruckes steht, aber sich nur langsam klar werden kann über den Sinn und die Richtigkeit der ungewohnten Gedanken.

Darüber ist man schon einig, daß das Tabaksmonopol der Anlaß, aber nicht der Gegenstand dieser Rede war. Wie der Kanzler die Notwendigkeit einer deutschen Steuerreform aus den Beschwerden des jetzigen Steuersystems in Preußen entwickelte, das mußte durch die Vorführung der Thatfachen einen unwiderstehlichen Eindruck machen. Aber die wahre Bedeutung der Rede liegt in ihrem sozusagen europäischen Inhalte, in der Art, wie der Kanzler am Schluß bei einem Blick auf die innere Lage Deutschlands den jetzt in Europa herrschenden Parlamentarismus charakterisirte. Ein großes Wiener Blatt, welches der kaiserlichen Botschaft vom 17. November vorigen Jahres in fast begeisterter Weise zustimmte, fand in dem Erlaß des Kaisers vom 4. Januar dieses Jahres eine Herausforderung des Fürsten Bismarck, der diesen Erlaß gegengezeichnet, an den ganzen Konstitutionalismus in Europa. Die Rede vom 12. Juni enthüllt den inneren Zusammenhang zwischen jener Botschaft und jenem Erlaß.

Der Kanzler sprach sich gegen das parlamentarische Fraktionswesen aus, was er allerdings schon öfters gethan. Aber am 12. Juni hat er zum ersten-

Grenzboten II. 1882.

82

male gezeigt, woran es liegt, daß die Fraktionen das Verderben des Parlamentarismus sind. Redner von entsprechender Geisteshöhe hielten dem Kanzler entgegen, daß er die Fraktionen nicht liebe, weil sie nicht seine Fraktionen seien. Aber die Wahrheit ist, daß Fürst Bismarck wohl eine parlamentarische Majorität, aber keine Fraktion gebrauchen könnte, auch keine Fraktion Bismarck. Das hat der Fürst so deutlich wie möglich mit den Worten ausgesprochen: „Der Führer einer Fraktion wird für seine Verwendbarkeit im großen und für die Möglichkeit seiner politischen Zukunft im ganzen geschädigt.“

Man muß die weitere Schilderung der Fraktionen in der Rede selbst nachlesen; sie ist so erschöpfend im ganzen und so treffend in den einzelnen Ausdrücken wie möglich, aber den verbindenden Gedanken, den Begriff herauszunehmen hat der Kanzler wie alle plastischen Darsteller den Zuhörern und Lesern überlassen. Diese Herausnahme des verbindenden Gedankens ist es gerade, die wir versuchen möchten. In einem seiner Sätze hat der Redner selbst an den Ausdruck einer zusammenfassenden Formel gestreift. Wir meinen die Worte: daß jeder neu eintretende Abgeordnete sein eignes politisches Kapital in der Aktiengesellschaft, in der politischen Gründung, die eine Partei in sich bilde, anlegen könne. Die Worte „Aktiengesellschaft“ oder „politische Gründung“ haben keineswegs einen herabsetzenden Sinn, sondern sie drücken das Wesen der Sache aus. Es handelt sich nicht um materielle Vorteile als bestes Ziel. Aber eine Partei will einwirken auf die politische Gestaltung ihres Vaterlandes mittels eines Meinungskapitals. Man sammelt und redigiert einen Vorrat von Meinungen und preist diesen Vorrat an als Medizin für alle oder doch für gar viele Mängel, die das Vaterland noch drücken, als die Diät, bei der es sich am besten leben lasse, als den Komplex praktischer Regeln und Einrichtungen, bei denen das Wohl des Ganzen und der Einzelnen am besten gefördert werde. Man kann diesen Vorrat zwar vermehren, auch einige alte Stücke durch neue ersetzen, aber dies muß mit Vorsicht geschehen, möglichst langsam und selten, sonst käme die Partei in die Lage, sich immerfort um einen neuen Kern sammeln, d. h. ihre Bildung immer wieder von vorn beginnen zu müssen.

So wie wir es eben geschildert, ist das Wesen einer politischen Partei nicht nur in Deutschland, sondern in allen kontinentalen Ländern mit parlamentarischen Einrichtungen beschaffen, und auch die englischen, ursprünglich ganz anders gearteten Parteien nehmen immer mehr diesen kontinentalen Typus an.

In dem Wesen solcher Fraktionen liegt es nun aber, daß der Meinungs-vorrat, der ihren zusammenhaltenden Kern bildet, hinter dem lebendigen Fluß der Dinge zurückbleibt und relativ erstarrt. Es liegt weiter darin, daß die Meinungen überschätzt werden und sich immer schwerer mit dem Bedürfnis des Lebens ausgleichen. Es liegt weiter darin, daß die Meinungen, durch deren Anpreisung als Universalmittel man eine große Anhängerenschaft gesammelt hat, zur Fessel der Fraktion werden und die letztere verhindern, selbst bei besserer

Einsicht Vorurteilen zu entsagen, die man in der Menge groß gezogen und durch die Verbindung mit der vorgepiegelten Förderung egoistischer Interessen nahezu unüberwindlich gemacht hat. Auf diese Weise geschieht es, daß die Fraktionen das politische Leben und die gute Wirkung der parlamentarischen Arbeit verderben. Der Schade geht aus dem eignen Wesen der Fraktionen hervor, nicht aus dem Charakter der Mitglieder, der sehr ehrenwert sein kann. Die Natur der Fraktionen verwehrt ihnen, den freien Blick und das bewegliche Urtheil zu behalten, welche dem Politiker zu allen Zeiten, am meisten aber in einer Epoche von reformatorischem Verus unentbehrlich sind.

Die beiden politischen Parteien, welche beinahe zwei Jahrhunderte lang den englischen Staat alternirend regiert haben, waren etwas ganz andres als Fraktionen. Sie waren Besitzer, Herren des Staates, deren Herrschaft nicht auf der künstlichen Popularität politischer Meinungs- und Dogmenkomplexe beruhte, sondern auf der maßgebenden Stellung der Aristokratie im Staate, unabhängig von allen jeweiligen Meinungen des Publikums. Die Stellung der Aristokratie beruhte auf der Verbindung eines in wenigen Händen gesammelten erblichen Grundbesitzes mit allen einflußreichen Stellen in der Staatsverwaltung, während zugleich die Wahlmaschinerie durch die rotten boroughs oder nominellen Wahlflecken von der Aristokratie nach Belieben gelenkt wurde. Die Parteien konnten sich dem Bedürfnis des Ganzen zuwenden mit freier Würdigung jeder großen und unerwarteten Anforderung des Lebens. Dies ist im größten Stil auf dem Gebiete der auswärtigen Politik geschehen. In der inneren Politik hat die Einseitigkeit der aristokratischen Interessen auch bei dieser günstigen Lage und freien, mächtigen Stellung der Parteien die wahre Würdigung der Bedürfnisse, und als man sich zu dieser Würdigung entschloß, den richtigen Weg zur Befriedigung verhindert. Die modernen Fraktionen aber können ihrer inneren Beschaffenheit nach dem wahren Bedürfnis des Staates überhaupt nicht gerecht werden. Sie können die öffentliche Meinung nicht leiten, ihr nicht Widerstand leisten, wenn sie auf falschem Wege ist, als mit der akuten Gefahr des eigenen Zersterbens. Sie müssen gewisse Kreise des Publikums, so gut es geht, an sich ziehen, die Vorurteile derselben befestigen, um selbst die Sklaven dieser Vorurteile zu sein, aber auch mittels dieser Vorurteile ein Gefolge der Masse hinter sich zu haben. Jetzt wird man verstehen, warum Fürst Bismarck das Heil der Zukunft in den Dynastien suchte. Nur diese haben noch die gesicherte Macht, um das Heil des Vaterlandes auf solchen Wegen zu verfolgen, die den launenhaften, populären Tagesströmungen zuwiderlaufen. Nur die Dynastien haben noch die Macht, einer künftigen Gefahr vorzubeugen durch die Übernahme einer anstrengenden Leistung auf die Schultern der Gegenwart, einen Vorteil der Zukunft zu sichern durch Maßregeln, welche die Kurzsichtigkeit der öffentlichen Meinung in der Gegenwart nicht begreift.

Nun wird man auch verstehen, in welchem Sinne der Fürst von einem liberalen Canossa sprach. Er meinte damit nicht die Unterwerfung unter die

maßgebenden Personen einer Fraktion, sondern die Unterwerfung unter die mit dem wirklichen Bedürfnis in Widerspruch stehenden festgeronnenen Fraktionsmeinungen. Der Kanzler hat aber kein Wort davon gesagt, daß ein liberales Canossa schlimmer sei als ein klerikales. Er will überhaupt kein Canossa. Er hat es begreiflich gefunden, daß der Wallfahrer nach dem wirklichen Canossa, der deutsche Heinrich IV., im Gedränge zwischen sich befehdenden Gegnern den mächtigsten seiner Gegner zu gewinnen suchte. Aber der Kanzler hat mit keinem Worte die Deutung zugelassen, als wäre er selbst in der Lage, nach einem ähnlichen Mittel zu greifen. Er hat vielmehr mit starker Betonung gesagt: „Wir, eine unparteiische, von jedem Partikularismus freie Regierung, können in diese Lage nicht kommen, und weder Preußen noch Deutschland kann von einer Partei regiert werden; dazu ist keine Partei stark genug und keine versöhnlich genug. Deutschland und Preußen können nur unabhängig von jeder Parteistellung, unabhängig von jeder Parteitaktik und von Wahlkreisrückichten regiert werden.“ Gregor VII., so muß man hinzufügen, konnte durch eine Ceremonie versöhnt werden; eine heutige Fraktion würde nur durch Eingehen auf ihren einseitigen, gefährlichen Standpunkt gewonnen werden können. Daher kommt es, daß der Kanzler seine Rede mit der Erklärung schloß: die Fraktionen wären instande, Deutschland zum Bundestage zurückzuführen; die einstigen Hindernisse, die Dynastien, würden es davor bewahren. So kam es, daß der Kanzler die Fraktionskrankheit als Marasmus bezeichnen konnte; denn sie schlägt die Parteien mit einer immer zunehmenden Unproduktivität, weil mit einer immer zunehmenden Unfähigkeit, den neuen Dingen, welche der Strom des Völkerlebens heranzuführt, mit großem Blick und mutigem Sichhinwegsetzen über die beschwerlichen Anstrengungen der Gegenwart genugzuthun.

In dieser Gegenüberstellung der im Reiche vereinigten Dynastien und der parlamentarischen Fraktionen hat der nach dem bisherigen Urtheil bedeutendste Gegenredner des Fürsten Bismarck die Ankündigung der Rückkehr zum Absolutismus gefunden, eine Deutung, welche kein Zeugnis für den Scharfblick des Herrn von Bennigsen ist. Daß der moderne Staat für die Meinungskämpfe seiner Gesellschaft ein öffentliches Forum als Zentralstätte und Regulator bedarf, weiß wohl niemand besser als der Reichskanzler. Aber eine andre Frage ist es, ob dieses Forum des öffentlichen Geistes geschaffen werden kann durch die Konkurrenz der Fraktionen im Gebrauch der Lüge, zu dem sich bald alle Fraktionen werden bequemen müssen, vor den, jeder groben Täuschung zugänglichen Massen des allgemeinen Stimmrechts. Der Kanzler hat das Vertrauen zu den deutschen Dynastien ausgesprochen, daß sie uns über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich durch den Marasmus der Fraktionskrankheit ausgesetzt werden könnte. Er hat uns nicht gesagt, worin er den Höhepunkt der Gefahr erblickt, und wie er sich die Rettung denkt. Aber vor seinem inneren Auge wird das eine so klar stehen wie das andre.